

Riesaer Tageblatt

Drahtauschrift
Tageblatt Riesa,
Hermann Str. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Postleitzettel:
Dresden 1530.
Sitzesasse:
Riesa Str. 52.

Nr. 127.

Donnerstag, 2. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einsch. Postgebühre (ohne Ausstellung Gebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeiger für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Stellmeierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Sach 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Köttinge Unterhaltungsbeläge „Erzähler am der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das neue Reichskabinett.

v. Papen zum Reichskanzler ernannt.

Scharfe Kampfansage des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei an das Kabinett. — Baldige Reichstagsauflösung wahrscheinlich.



Reichskanzler v. Papen.



Freiherr v. Braun.



Generalleutnant v. Schleicher.



Dr. Warmbold.



Elz v. Rübenach.

Männer des Kabinetts Papen.

Kaufmann zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung erfolgen. Ministerialdirektor Becklin wird zunächst einen Urlaub antreten, bis er seinen Posten als Gesandter in Rio de Janeiro übernimmt.

Die Reichsminister Freiherr von Braun und Elz von Rübenach.

(Berlin.) Der neue Reichsernährungsminister Freiherr von Braun wurde am 7. Februar 1878 in Neuden geboren. Nach Abschluss seiner juristischen Studien wandte er sich zunächst der Verwaltungskarriere zu. Im Jahre 1915 berief ihn Minister von Delbrück in das Reichssamt des Innern, wo er zunächst unter Helfferich als Pressechef tätig war. 1917 wurde er Ministerialdirektor und Pressechef in der Reichskanzlei, war sodann als Hauptmann der Reserve in Russland Leiter der politischen Abteilung der Militärvorwaltung in Wilna und kam als Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat schließlich in das Ministerium des Innern. Später wurde er zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen ernannt. Seit dem 12. Januar 1926 ist er Generaldirektor der Deutschen Raiffeisen-Großgenossenschaft. Reichsminister Freiherr Elz von Rübenach, der bis jetzt das Reichsbahndirektionspräsidium in Karlsruhe inne hatte, wurde am 9. Februar 1875 geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er Maschinenbau und arbeitete dann ein Jahr praktisch in den Eisenbahnwerkstätten des Eisenbahndirektionsbezirks Köln. Von 1911 bis 1914 war er als technischer Sachverständiger beim Generalstab in New York tätig, arbeitete 1914 bis 1916 bei den Eisenbahnformationen des westlichen Kriegsschauplatzes und hielt sich 1916 bis 1917 im Balkan zwecks Reorganisation der bulgarischen Eisenbahnen auf. Später wurde er dem Geldeisenbahnhof im Großen Hauptquartier zugewiesen. Nach dem Kriege war er zunächst im Reichsverkehrsministerium tätig, bis er im Juni 1924 zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe ernannt wurde.

Der neue Reichsjustizminister Franz Gürtner, der im 51. Lebensjahr steht, trat nach Abschluss seiner juristischen Studien in den bayerischen Justizdienst ein und war bis zum Kriegsausbruch Personalreferent im bayerischen Justizministerium. Den Krieg hat er als Hauptmann d. R. an der Front mitgemacht. Nach seiner Rückkehr im März 1919 war er zunächst Staatsanwalt beim Landgericht München und wurde dann im Jahre 1920 wieder in das Justizministerium berufen. Im August 1922 wurde er als Vertreter der bayerischen Mittelpartei bayerischer Justizminister, welches Amt er in allen folgenden Kabinetten bis zum heutigen Tage beibehält.

Zentrum lehnt ab

Die Zentrumspartei des Reichstags veröffentlicht über ihre über den ganzen Mittwoch sich hinziehenden Beratungen zur Kabinetsneubildung eine Kundgebung, in der es u. a. heißt:

„Das mit dem Kabinettsturz unterbrochene außen- und innenpolitische Gesamtwerk soll nunmehr politischen Experimenten ausgesetzt werden. Weil die Parteikräfte der Opposition sich weigern, politische Verantwortung mitzuübernehmen,

werden Zwischenlösungen angestrebt. Solche Verlegenheitslösungen sind keine „nationale Konzentration“. Sie bieten auch keinerlei Bürgschaft für die Fortführung einer Außen- und Innenpolitik, wie sie die Zeitenstände gebietetlich verlangen.“

In einem Augenblick schwerster politischer Vernehrigung und politisch ungeeigneter Versuche hält es die Zentrumspartei für ihre Pflicht, eine Gesamtpolitik zu fordern, in der nationale Freiheit und Gleichberechtigung, entschlossener Kampf mit dem Kernproblem, der Arbeitslosigkeit, Sicherung unserer Währung, Erhaltung selbständiger Existenz in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die Gewährleistung sozialer Grundrechte und Fürsorgemaßnahmen und volkstümliche Siedlungspolitik Weisensbestandteile sind. Aus solcher Überzeugung heraus lehnt die Zentrumspartei die Zwischenlösung ab.“

Reichskanzler von Papen an das Zentrum.

Berlin. (Funkspurk.) Reichskanzler von Papen hat an den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei Prälat Dr. Kaas folgenden Brief gerichtet:

Sehr verehrter Herr Prälat!

In einer der schicksalvollsten Stunden deutscher Geschichte hat mich der Herr Reichspräsident berufen, die neue Regierung zu bilden. Die seelische und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt gebieterisch die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte — aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen —. Nicht als Parteimann, sondern als Deutscher bin ich — gewiß nicht leichter Herzöge — dem Rufe des Mannes gefolgt, dem die Nation soeben einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens ertheilt hat und dessen wahrhaft historische Persönlichkeit auch in den schwersten Stunden deutscher Geschichte nie etwas anderes erstrebt als die Zusammenfassung aller dieser Kräfte zum Wohl des Vaterlandes.

Ein solcher Schritt kann nicht im Widerpruch stehen zu der unermüdlichen, planvollen und sachlichen Arbeit des Kanzlers Dr. Brüning, deren Würdigung einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleibt.

Auch die Deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Katholizismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Hoffnung der jungen Generation gemacht hat.

Wenn infolge der Erklärung der Deutschen Zentrumspartei mich der Weg heute leider von Ihnen trennt, so lebe ich der Hoffnung, daß mich nur die sachliche Arbeit, die das Land heute von uns fordert, uns bald wieder vereinigt wird. Mehr noch ist es die unerschütterliche Überzeugung, daß die Voransetzung jeder Wiedergemeinschaft der Nation die rückwärtsgläubige Geltendmachung der unveränderlichen Grundlage unserer christlichen Weltanschauung sein muß.

Ich bleibe, sehr verehrter Herr Prälat, in aufrichtiger Verehrung
Ihr ergebener
gez. von Papen.

Ber der Ernennung des neuen Staatssekretärs der Reichskanzlei und des Reichspressechefs.

Berlin. (Funkspurk.) Wie wir erfahren, wird heute nachmittag Oberregierungsrat Dr. Pland als Nachfolger Dr. Pünders zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt werden. Gleichzeitig wird auch die Ernennung des bis herigen Direktors der Presseabteilung Geheimrat Dr. von